Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 115 (1989)

Heft: 34

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ideen, Köpfe, beherzte Taten

Der Slogan ist bekannt. Er steht für die FDP. Doch scheint der Wahlspruch bald ausgewechselt werden zu müssen. Weil er nicht zutrifft. Oder die Partei muss sich ändern. Jüngst forderte die FDP Notrecht im Asylbereich. Ganz offiziell, mit einem Freitagscommuniqué. Doch kein einziger der aktuellen Fraktion oder der Parteispitze mochte dazu seinen Namen setzen. Hans Georg Lüchinger, Zürcher alt Nationalrat, steht hinter der entsprechenden Arbeitsgruppe. Die Idee ist nicht neu, der Kopf ist zurückgetreten, und beherzt ist die Tat auch nicht. Lüchinger hat jedoch ein bleibendes Verdienst. Er brachte die erste Definition des Bundeshauses. Es sei ein Dorf, schrieb er

Republik Joghurt

Silvio Arioli, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, darf sich auf die Schulter klopfen. Er hat ein Abkommen mit Österreich geschafft. Mit Bundesblatt vom 8. August wird eine Vereinbarung vermeldet zwischen der «Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich». Gegenstand ist Joghurt. Doch nicht einfach Joghurt, sondern «anderes Joghurt», solches nämlich aus der «Unternummer 0403 10B



des österreichischen Zolltarifs». Doch auch das ist wieder zu ungenau. Geregelt wird nämlich nicht jedes «andere Joghurt», ausgenommen ist «Joghurt mit Zusatz von Kakao». Warum dieses am «1. Jänner» (so steht das im eidgenössischen Bundesblatt tatsächlich!) 1988 in Kraft getretene Abkommen erst über eineinhalb Jahre später publiziert wird, bleibt hingegen ein Joghurt-Geheimnis.

Allen Leuten recht getan ...

Die Verwaltung des Bundeshauses hat im Sommer Zeit, Briefe der Parlamentarier zu öffnen. Darin beschweren sich die Damen und Herren Volksvertreter und -vertreterinnen zuweilen auch über das verfügbare Schreibgerät. Noch immer brütet die Bundeshausverwaltung über folgenden beiden Schreiben: Parlamentarier 1: «Könnten Sie nicht die alten Schreibmaschinen in den Parlamentarierbüros durch moderne ersetzen?» Parlamentarier 2: «Kürzlich sind in

unseren Parlamentarierbüros die alten Schreibmaschinen durch neue ersetzt worden. Ich kann mit diesen Dingern nicht umgehen und bitte Sie, uns die alten Schreibmaschinen zurückzugeben.»

Darf Arbenz oder darf er nicht?

Er dürfe nicht mehr, schrieben verschiedene Zeitungen: nämlich Mietverträge selber unterzeichnen. Die Finanzdelegation hatte es ihm mit einem Brief an den Bundesrat verboten. Peter Arbenz hatte in Castione TI ein Anwesen für 40 000 Franken monatlich gemietet, musste es aber wegen Einsprachen monatelang leerstehen lassen. Natürlich stürzten sich Parlamentarier auf das dankbare Sujet. In der Herbstsession folgen die entsprechenden Vorstösse! Der Bundesrat wird mit seiner Antwort aber auf der Hut sein müssen. Noch weiss niemand so recht, was gilt und was nicht. Der Flüchtlingsdelegierte behauptet nämlich, er dürfe sehr wohl unterzeichnen. Die Spitze im EJPD hingegen dementiert. Nochmals anders tönt es im Finanzdepartement. Arbenz dürfe zwar, müsse aber zuvor die Verträge Otto Stichs Kronjuristen unterbreiten. Vielleicht sollte man ein Gutachten verfassen lassen. Am liebsten von der Elektrowatt. Dann käme noch Strom ins Thema.

Ausländer reinraus?

Sie wird wieder zum Thema: die Ausländerpolitik des Bundesrates. Auslöser der Debatte bildet die Vernehmlassung zur Ausländerregelung 89/90, die eben zu Ende ging. Darin stabilisiert der Bundesrat grundsätzlich den bestehenden Ausländerbestand auf rund einer Million. Gleichzeitig ist eine kantonale Umverteilung der Ausländerkontingente bei Jahresaufenthaltern vorgesehen. Diese neue Regelung wird nun von ziemlich allen Kantonen abgelehnt. Verliererkantone spielen die Geschröpften, Gewinnerkantone bemäkeln den allzu minimalen Zugewinn. Worauf das alles politisch hinausläuft, sagt aber keiner. Im Gegenteil: FDP und SVP schreien «Ausländer

Ignoriert?

Bundesrat Flavio Cotti liess den TCS brav ins Bundeshaus kommen. Er durfte den Bundesbeamten sagen, dass sie falsch gerechnet hätten bei Luftbelastung und Autoschadstoffen. Danach durfte die Autoloby an einer Pressekonferenz auch unwidersprochen melden, sie habe gesiegt. Das Bundesamt erstelle nun einen neuen, korrigierten Bericht. Es wird wohl damit gehen wie mit der Broschüre: «Ein aktuelles Magazin für Autofahrer.» Vor Drucklegung deponierte der TCS Hinweise auf Fehler. Das BUWAL überging die Winke souverän.

Lisette Chlämmerli



Hartes Ringen im Bundesrat um Tempolimiten